

Spield selbst nach
die begrenzende Zeit
er wohl auch die
anderen in Wirklich-
schaften belohnt.
Mannschaft erst
wurde an Beweis, wie leicht
es sich entschließen,
den Nähern hierzu
auf dem Vereins-
fahrt haben, werden

Jugend 0:0.
und in Leipzig und
aus. Obwohl
zu keinem Erfolg
gegen teilten.

10.— Mk.
100.— Mk.
1103.95 Mk.
Gute in Naunhof

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtschein, Aumelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinau, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pöthen, Stauditz, Threna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Geschichte wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nach 4 Uhr
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 4.—, 1/2 Monat Mk. 2.—
ohne Auslagen, Post einzigt der Postgebühren Mk. 12.75. Im Falle höherer
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 8seitige Korpusseite 90 Pf., auswärts 1.— Mk. Hm-
licher Teil Mk. 2.—, Reklameseite Mk. 2.—. Beilagegebühr pro Bandei Mk. 2.—.
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vorabends des Erscheinungstages.
größere noch früher. — Alle Anzeigen-Dermittlungen nehmen Aufträge entgegen.
Befüllungen werden von den Ausdruckern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Beruf: Amt Naunhof Nr. 2. Druck und Verlag: Güntz & Sohn, Naunhof bei Leipzig. Markt 2.

Kummer 128

Freitag, den 28. Oktober 1921

32. Jahrgang

Auf Halbmast.

(Von unserem ständigen Mitarbeiter.)

Berlin, 26. Oktober.

Auf den vier Eckfahnen des Reichstagsgebäudes wehen die schwarz-roten Fahnen, die erst seit ganz kurzer Zeit dort an den Sitzungslagen gehisst werden, auf Halbmast. Es ist ein Trauerzug für Volk und Volksvertretung. Der Reichstag soll heute eine Erklärung des Reichskanzlers über die Generalsentscheidung abholen und soll selbst zu dem Schluß des unglücklichen österreichischen Landes Stellung nehmen. Auch wenn der Gegenstand der Beratung weniger traurig wäre, würde der Reichstag keine Ursache zur Freude haben. Die Trennung, die innerhalb seiner Parteien herrscht, ist ein trübes Kapitel. Bei der Neubildung der Regierung hat sich dieser Krebschaden wieder von seiner bedenklichsten Seite gezeigt. Der Reichspräsident hat in dem Schreiben, in welchem er den bisherigen Reichskanzler Dr. Wirth aufforderte, die Neubildung der Regierung zu übernehmen, darauf hingewiesen, daß es bei gutem Willen auf allen Seiten wohl möglich sein müßte, eine grobe geschlossene Regierungskoalition zu schmieden. Das ist nicht gelungen. Dr. Wirth bildet — zum erstenmal in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus! — eine Regierung ohne parlamentarische Koalition. Man nennt sie ein „Kabinett der Persönlichkeiten“ oder auch ein Gewerkschaftskabinett. Die Schwierigkeiten waren auch bei dieser Regierungsbildung enorm, und der Beginn des Reichstages, der auf 12 Uhr mittags einberufen war, mußte wieder Stunde um Stunde verschoben werden, da die Ministerliste immer noch nicht fertig war. Die Aufführung im Parlamentsgebäude erreichte auch heute wieder einen ihrer Gipelpunkte. Besonders besprochen wurde ein Beschuß der Demokraten, die an alle ihre Mitglieder die Vittergericht hätten am neuen Kabinett nicht teilzunehmen. Dadurch würden empfindliche Lücken in der morgens ziemlich fertiggestellten Ministerliste gerissen worden sein, die von der bisherigen nur in wenigen Posten abweichen sollte. Die Verhandlungen über diese zu suchenden Männer und die Verhandlungen mit den Demokraten füllten Stunde um Stunde, und inzwischen rückte der Zeitpunkt weiter vor, immer näher dem Zeitpunkt, an dem der Entschluß auf Entscheidung eines Delegierten zu den Verhandlungen mit Polen gefaßt, an dem der Reichstag sein Ja oder Nein zum neuen Kabinett und seiner Politik gefragt haben mußte. Veto.

Die neue Reichsregierung.

Das Kabinett der Persönlichkeiten.

Noch unendlichen Schwierigkeiten gelang es endlich, Mittwoch in vorgerückter Nachmittagsstunde, dem erneut mit der Kabinettbildung beauftragten Reichskanzler Dr. Wirth, sein neues Ministerium zusammenzustellen. Als der Reichstag seine Sitzung begann, gab der Kanzler folgende Ministerliste bekannt:
Reichskanzler und Außenminister: Dr. Wirth (Zentrum);
Bundeskanzler und Finanzminister: Bauer (Sozialdem.);
Justiz: Adolf Köster (Sozialdem.);
Wehrminister: Gehler (Demokrat);
Wiederaufbau: (vorläufig unbekannt);
Wirtschaft: Robert Schmidt (Sozialdem.);
Ernährung und Finanzen: Hermann (Zentrum)
(nur vorläufig mit den Finanzen beauftragt);
Post: Giesberts (Zentrum);
Arbeitsminister Braun (Zentrum);
Verkehrsminister Groener (bei keiner Partei);
Justiz: Professor Radbruch (Sozialdem.).

Mit Ausnahme des einzigen Demokraten Gehler und des Verkehrsministers Groener, der bisher keiner Partei zugeordnet wurde, sind also die Persönlichkeiten des neuen Ministeriums lediglich dem Zentrum und der Mehrheitssozialdemokratie entnommen. Sie waren schon in der bisherigen Regierung oder haben früher bereits Ministerposten innegehabt, außer dem mehrheitssozialdemokratischen neuen Justizminister Professor der Rechte Dr. Radbruch, der seit dem Görtscher Parteidage als kommender Mann galt. Ausscheiden aus der Regierung sind der bisherige Minister des Innern Dr. Rosen, der Minister des Innern Dr. Grädauer und der Justizminister Dr. Schiffer.

Politische Rundschau.

Der bayerische Finanzminister gegen Panikstimmung.
Da die Furcht vor einem Staatsbankrott seit längerer Zeit viele Kreise der Bevölkerung beherrscht, hat der bayerische Finanzminister Dr. Krämer in seiner Haushaltssrede im bayerischen Landtag Anlaß genommen, auf diese Frage einzugehen. Er erklärte, wenn nicht strenge Sparmaßnahmen getroffen werden, die Stützen des ganzen Staatslebens ins Wanken geraten; wenn man aber Selbstzucht habe, dann besteht hoffentlich der Finanzlage des bayerischen Staates kein begründeter Anlaß zur Panikstimmung. Im übrigen sind in den bayerischen Staatsbetrieben, in den Berg- und Hüttenwerken, in den staatlichen

Bädern und in dem sonstigen ausgedehnten Staatsbetriebe so großer Wert verloren, daß der Staatskredit als durchaus gesund und tragfähig bezeichnet werden kann. — Der bayerische Landtag sprach hin Beileid zum Abtreden des früheren Königs Ludwig aus. Die sozialistischen Parteien beteiligten sich daran nicht.

Berlin. Der Reichsminister für Wiederaufbau wird die im Verdrängungsschadengesetz im Kolonialschadens- und Auslandschadengesetz bestimmten Anmeldefristen angemessen verlängern.

Danzig. Zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen ist vereinbart worden, die Frist der Übergabe der Danziger Eisenbahnen an die polnischen Eisenbahndirektionen bis zum 1. Dezember zu verlängern. Ursprünglich hatte die Übergabe bereits am 1. November erfolgen sollen.

Genf. Auf dem internationalen Arbeitsh Kongreß sind die Vereinigten Staaten nicht vertreten, wohl aber Deutschland. Es wurde besolt, daß die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern mehr denn je notwendig sei.

Riobam. Die Altenfelder, die den Anschlag auf den früheren Ministerpräsidenten Grano ausführten, sind verhaftet und zur Verfügung der Militärbehörden gestellt worden.

Mordanschlag auf den Abg. Auer

München, 26. Oktober.

Am den Schredenstag des 22. Februar 1919 wurde heute die Münchener Bevölkerung erinnert, als in der Frühe bekannt wurde, daß wieder ein Anschlag auf den bekannten sozialistischen Abgeordneten Auer verübt worden war.

Auer hatte gestern abend einer Sitzung des sozialdemokratischen Parteivorstandes im Gewerkschaftshaus teilgenommen und ging gegen 12 Uhr mit der Begleiter am Südflichen Friedhof vorbei. Plötzlich wurden aus dem Gittertor des Friedhofes zwei Schüsse gegen ihn abgefeuert, die jedoch niemanden trafen. Auer wandte sich herum, zog seinen Browning und feuerte fünf Schüsse in der Richtung, aus der die gegen ihn gerichteten Schüsse gekommen waren, ab. Er hörte auch einen Ruf aus dem er schloß, daß der Täter getroffen sei. Die herbeieilende Schutzpolizei durchsuchte den Friedhof jedoch vergeblich nach dem Attentäter.

In letzter Zeit wurde Auer häufig von verschiedenen Seiten angegriffen, da er dem Ministerpräsidenten Grafen Berthold das Material zur Verfolgung der Gehörnorganisationen übergeben hatte. Vor einigen Tagen entstand in einer Versammlung für Oberschlesien ein Skandal, als mitgeteilt wurde, daß Auer als Vertreter des Landtages erschienen sei. Auer erhielt seit Übergabe jenes Materials und der öffentlichen Behandlung in der Münchener Post täglich Drohbriefe, die ihm das Schicksal Eisners androhten.

Erinnerung an den 22. Februar 1919.

Der jetzt unverlebt geblichene Abgeordnete Auer wurde bei dem Überfall in jener Kammerzeitung, die der Ermordung des damaligen Ministerpräsidenten Kurt Eisner am 22. Febr. 1919 folgte, schwer verwundet. Als Auer, der zu jener Zeit das Ministerium des Innern vertrat, und als Widerpart Eisners galt, in der Kammer Mitteilung von dem Mord an Eisner machte und seinen Abscheu ausdrückte, fielen Schüsse, abgegeben von in das Parlament eingedrungenen Unruhestiftern Hanot heran. Auer wurde in die linke Brustseite getroffen. Abg. Dösel, der bayerischen Volkspartei angehörig, blieb tot auf dem Platz. Vermundet wurden Justizminister Lamm und zwei Beamte. Der schwergetroffene Auer schwieb lange zwischen Tod und Leben, genauso aber endlich.

Die Zeuerung und der innere Friede.

Unaufhaltsam rollt das Rad der Geldentwertung und Zeuerung über uns hinweg. Wirtschaftlich schwächere Erzeugnisse werden von ihm schwer verlossen. Die Erzeugung, die dieses Unheil hervorruft, wird: „Wer trifft die Schuld dafür?“ wird allenthalben gestagt. Die Antwort kann nur lauten, daß diese bestlagenswerte Entwicklung — von verdammenswerten Einzelfällen verbreiterten Wucher abgeleitet — bis zu einem gewissen Grade zwangsläufig ist.

Wie soll da der innere Friede erhalten werden? Nur durch großzügige Auflösung über die Ursachen der Preissteigerung, namentlich auf dem Lebensmittelmarkt, kann das geschehen. Einen anderen Weg gibt es nicht. Reichs-Landbund und Brandenburgischer Landbund haben ihn dahinreichend beschritten und werden ihn zielbewußt weiter forcieren. Daß er der richtige ist, beweisen beiden Organisationen zahlreiche Zuschriften aus Verbraucherkreisen, in denen es u. a. heißt:

„Unsere Arbeiter und viele andere Bevölkerungsklassen wissen von den wahren Ursachen der Zeuerung nichts. Ihre Presse schwiegt darüber oder bringt nur Gegenteiliges. Wenn unsere Regierung und die strohen

Parteien in ähnlicher Weise dauernd ausläßt würden, dann stände es besser um uns. Dann hätten die Umstürzer nicht so viele Anhänger und Mitläufer aus dem Heer der Kleinbürger, Angestellten, Beamten und anderer.“

Wir geben an unserer Indolenz zugrunde. Niemand versucht, durch ernste Belehrung darüber, daß Erzeuger und Verbraucher aufeinander angewiesen sind, die Lust im Volle zu überbrücken, wie das andere Völker, z. B. die Engländer, durch ihre Regierung tun.

Wer von unseren Führern, unseren Abgeordneten, unseren Beratern findet endlich den so nötigen Weg, diese Vorschläge allen Regierungsteilen im Reich immer und recht kräftig zu unterbreiten? Wann finden unsere Beratungen die richtigen Worte, um die belogenen, unwillig gemachten Genossen recht laut darauf hinzuweisen, daß unsere Großindustriellen, unsere Landwirte diejenigen sind, die ihnen Arbeit und Brot geben, und daß ihre Führer ganz unfähig dazu wären, wenn auch bei uns trüffelnde Zustände eintreten würden? Das Parteigesetz und die Parteiinteressen haben in unserer Kritik und Rot doch wahrschließlich keinen Platz.“

Wer macht die Kartoffelpreise?

Die Gestaltung der Kartoffelpreise hat unverkennbar zu einer gewaltigen Erregung in weiten Kreisen beigebracht. Das zeigt auch die Tatsache, daß im preußischen Abgeordnetenhaus vier Parteien zu gleichzeitig Interpellationen wegen der Kartoffelpreise eingebracht haben.

Die beiden sozialistischen Parteien sind selbstverständlich schnell mit ihrem Urteil fertig und machen für die Gestaltung der Kartoffelpreise ausschließlich die Landwirtschaft verantwortlich. Aber selbst die Deutschnationalen und das Zentrum sprechen in ihren Anträgen davon, daß „in manchen Gegenden geradezu wucherische Preise gezeigt“ werden und fordern die Anwendung des Wochengesetzes vom Dezember 1920.

Wodurch sind in der Hauptsache die unledlichen Zustände auf dem Kartoffelmarkt herbeigeführt? Zunächst steht fest, daß die Ernte schwer entzweit und selbst nach amüsicher Schätzung nur als „mittel bis gering“ zu bezeichnen ist. Auf diese geringe Ernte stützt sich nun alles, was Reine hat: Verbraucher, sachverständige und konzessionierte Händler, Schieber und Aufkäufer von großen Industriegesellschaften. Was dabei herauskommt, sind fortwährend steigende Preise.

Wie auf dem Kartoffelmarkt gegenwärtig gearbeitet wird, dafür an dieser Stelle nur wenige Beispiele:

In den Zeitungen des Cottbuser Bezirks in der Nähe von Zehn sind ein Händler in der ersten Oktoberwoche Kartoffeln zu höchsten konkurrenzlosen Preisen!

Ein kleiner Landwirt ließert Bewohnern der Stadt Vielesfeld Kartoffeln freihaus Vielesfeld zu 60 Pf. den Zentner. Als er auf der Straße mit dem Abladen beschäftigt ist, kommt ein Händler vorbei und fragt ihn, welchen Preis er nehme. Auf die Antwort: „60 Pfennig!“ erklärt der Händler: „Das ist zu wenig, du mußt 70 Pfennig verlangen!“

Der Vielesfelder „Volkswacht“ berichtet ein Kartoffelgroßhändler: Er habe mehrere tausend Zentner Kartoffeln von einem grüheren Besitzer zu 52 Pfennig für den Zentner gekauft. Bei der Verladung am Bahnhof habe er die Kartoffeln als nicht marktfähig beanstanden, um noch eine Ermäßigung des Preises zu erzielen. Bei der Verhandlung um Ermäßigung des Preises sei der Aufkäufer eines großen Industriegesellschaften hinzugekommen und habe sofort 57 Pfennig für die beanspruchten Kartoffeln geboten und auch noch 1200 Zentner zu diesem Preis hinzugekauft!

Die „Nachrichten für Stadt und Land“ im Kreisamt Osleben berichten in ihrer Nummer vom 30. September, daß die Betriebsräte aus Sachsenland und Westfalen Aufkäufer in den Kreisamt Osleben senden, die einen Preis von 62 bis 64 Pfennig bei Abnahme von 3000 Zentner bieten.

Kein Wunder, daß durch solche Handlungen die Kartoffelpreise in ganz erheblicher Weise beeinflußt werden!

Glückliches Bergen.

Unter dieser Überschrift erscheint in der „Rügenschen Zeitung“ und im Nachdruck in anderen Blättern als „Eingefasst“ ein Artikel, in dem das Verhalten eines Landwirts Raewel als nachahmungswert hingestellt wurde. Er brachte nämlich für den Städter notwendige Produkte wie Eier, Kartoffeln, Butter und Obst weit unter den Tagesspreisen auf den Markt. Natürlich griff die Konkurrenz dies auf mit der Schlussfolgerung, daß, wenn der Vielesfelder Raewel das könne, auch die übrigen Landwirte Rügen dazu in der Lage wären. Wie uns der Pommerische Landbund mitteilt, sind von berufener Seite Forschungen durch Berufskollegen des Raewel ange stellt worden, wobei sich ergab, daß Herr Raewel nebenbei ein einträgliches Handelsgeschäft betreibt, was ihn in die Lage setzt, das Minus am Verkauf der landwirtschaftlichen Produkte, die er auf den Bergischen Markt bringt, als tüchtiger Geschäftsmann mit im Kauf zu nehmen und wahrheitlich durch einen entsprechenden Aufschlag seinem übrigen Kundenkreis, ohne daß der es merkt, wieder abzuweisen. Begeleitend ist, daß Berufskollegen über den Zustand der Rügenischen Wirtschaft berichten, daß die Rügianer längst verhungert wären, wenn alle Wirtschaften

fa
erpulver
pult
geringt
Aller

sich für alle
besonders
Bedienungen,
vor Steinböden,
el & Co. Düsseldorf

ein herziges
. Frau
schaft.